

24.10.2007 ! Bezahlter Pflegeurlaub: Streichung nicht kampflös hinnehmen

Für die knapp 2,1 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland wird die Reform der Pflegeversicherung wesentliche Verbesserungen bringen. Außerdem wird die Versicherung strukturell weiterentwickelt, damit sie auch in einer immer älter werdenden Gesellschaft zuverlässig und leistungsfähig sein kann.

Allerdings hat ein wichtiges Ziel der SPD, die bezahlte Freistellung bei akuten Pflegenotfällen bis zu 10 Tagen im Jahr, durch den Widerstand der Union im Regierungsentwurf keinen Eingang gefunden. „Diese Haltung der CDU/CSU stößt viele Beschäftigte und Familien vor den Kopf“, kritisiert die Berliner Gesundheitspolitikerin Mechthild Rawert. Die SPD-Fraktion werde die Streichung nicht kampflös hinnehmen. Geplant sei eine Kampagne in der Bevölkerung, um den bezahlten Pflegeurlaub während des parlamentarischen Beratungsprozesses doch noch durchzusetzen. Rawert weiter: „Die Bevölkerung soll wissen, dass die Union Pflegenden keine Unterstützung bietet. Das machen wir SozialdemokratInnen.“

Unter anderem sieht der am 13. Oktober vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf vor:

- Die Pflegebedürftigen bekommen **höhere Leistungen, vor allem in der ambulanten Pflege**. Viele Menschen erhalten damit die Chance, möglichst lange im vertrauten Umfeld zu bleiben.
- In **Pflegestützpunkten** bekommen Pflegebedürftige in ihrem Stadtviertel koordinierende Hilfe. Sie haben Anspruch auf Beratung und Begleitung durch einen Pflegeberater.
- **Altersverwirrte Menschen** und **demenziell Erkrankte** werden endlich besser gestellt. Für ihre Betreuung wird es bis zu 2.400 Euro jährlich geben.
- Erstmals wird eine **Pflegezeit** von bis zu sechs Monaten eingeführt, die es Angehörigen ermöglicht, entweder selbst zu pflegen oder eine Betreuung zu organisieren.
- Die **Qualitätssicherung** im ambulanten und stationären Bereich erhält einen höheren Stellenwert. Die Prüfberichte des Medizinischen Dienstes werden veröffentlicht, damit sich Bürgerinnen und Bürger über die Qualität und Leistungsfähigkeit der Einrichtungen informieren können.